



Aktenzeichen: Pet 4-19-10-787-045409

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 30.03.2023 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen teilweise entsprochen worden ist.

Begründung

Mit der Petition werden ein Verbot der Bodenhaltung von Hühnern sowie die Schaffung von Fördermöglichkeiten für die notwendigen Stallumbaumaßnahmen gefordert.

Zur Begründung der Petition wird im Wesentlichen ausgeführt, dass das bereits erlassene Verbot der Käfighaltung nicht ausreichend sei, um der Staatszielbestimmung zum Tierschutz und Tierwohl im Grundgesetz gerecht werden zu können. Im Hinblick auf das artgerechte Verhalten der Tiere und deren Wohlbefinden sei nur die Freilandhaltung oder ökologische Haltungsform von Hühnern zulässig. Nach dem gesetzlichen Verbot einer Bodenhaltung sei eine möglichst kurze Übergangsfrist zu beschließen, die den Betrieben Zeit für den Umbau der Stallanlagen gebe. Hierfür sollen Subventionsmöglichkeiten, gegebenenfalls aus Mitteln der Europäischen Union zur Verfügung gestellt werden. Ergänzend wird auf die eingereichten Unterlagen Bezug genommen.

Die Petition wurde auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlicht. Sie wurde von 186 Mitzeichnungen unterstützt und es gingen 22 Diskussionsbeiträge ein.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Eingabe darzulegen. Unter Berücksichtigung sämtlicher Aspekte ergibt die parlamentarische Prüfung Folgendes:

Zunächst stellt der Petitionsausschuss fest, dass sich die Haltung von Legehennen in Deutschland in den vergangenen Jahren grundlegend gewandelt hat. So hat Deutschland die Haltung in konventionellen Batteriekäfigen bereits zum 1. Januar 2010 verboten, zwei Jahre früher als es nach EU-Recht erforderlich gewesen wäre. Die Legehennenhaltung



erfolgt seitdem nur noch in Kleingruppen-, Boden-, und Freilandhaltung sowie in ökologischer Erzeugung.

Bei der Haltung mit Freilauf handelt es sich um eine besonders artgerechte Form der Tierhaltung, da sich die Tiere hier artgemäß bewegen, Futter suchen und ihr Sozialverhalten ausüben können. Auch können die Außenklimareize beim Aufenthalt im Auslauf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Tiere verbessern.

Gleichwohl hängt eine tiergerechte Haltung vor allem mit dem Engagement des Tierhalters, dem Umfang mit den gehaltenen Tieren und der Ausgestaltung des Stalls bzw. Freilauf zusammen. Unabhängig von der Größe eines Betriebes oder der Haltungsform sind von allen Tierhaltern die tierschutzrechtlichen Mindestanforderungen verbindlich einzuhalten. Die Überprüfung der Einhaltung dieser Anforderungen obliegt den nach Landesrecht zuständigen Behörden. Diese bewerten und entscheiden im Einzelfall, ob eine Tierhaltung im Einklang mit den rechtlichen Regelungen steht und treffen ggf. die zur Beseitigung festgestellter Verstöße und zur Verhütung künftiger Verstöße notwendigen Anordnungen.

Für ökologisch gehaltene Legehennen und Masthühner gelten weitere Regelungen, die über die Mindestanforderungen hinausgehen – beispielsweise in Bezug auf die Haltung (Besatzdichte, Zugang zu Freigelände), die Fütterung, die Herkunft der Tiere und die Behandlung der Tiere mit Tierarzneimitteln.

Die mit der Petition geforderten staatlichen Zuschüsse bzw. Förderungen für bestimmte Haltungsformen können bereits heute in Anspruch genommen werden, sofern die hierfür geltenden Anforderungen erfüllt sind. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) ist das wesentliche nationale Förderinstrument für die Land- und Forstwirtschaft. Gemäß dem Förderungsgrundsatz der GAK sind einzelbetriebliche Förderungen bei Tierschutzaspekten möglich, wobei die betrieblichen Maßnahmen über das gesetzliche Mindestmaß deutlich hinausgehen müssen. Dies gilt auch für die Haltung von Legehennen oder Masthühnern. Es handelt sich hierbei um den so genannten Förderbereich 2 für landwirtschaftliche Unternehmen und dort im Rahmen der einzelbetrieblichen Förderung um das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP). In den entsprechenden Richtlinien dazu



sind exakt die baulichen Anforderungen für eine besonders tiergerechte Haltung festgelegt.

Insoweit stellt der Petitionsausschuss fest, dass dem Anliegen bereits entsprochen worden ist, soweit es um die Fördermöglichkeiten für Stallumbauten geht. Im Übrigen befürwortet der Petitionsausschuss nicht das geforderte gesetzliche Verbot der Bodenhaltung von Hühnern, da auch für diese Haltungsform die gesetzlichen tierschutzgerechten Anforderungen gelten und durch die zuständigen Behörden kontrolliert werden.

Daher empfiehlt der Petitionsausschuss, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen teilweise entsprochen worden ist.